

# «Das Problem hat sich verlagert»

**Münchenstein** Die Gartenstadt wurde zum Ersatz-Jugendtreffpunkt

BZ 26.9.08

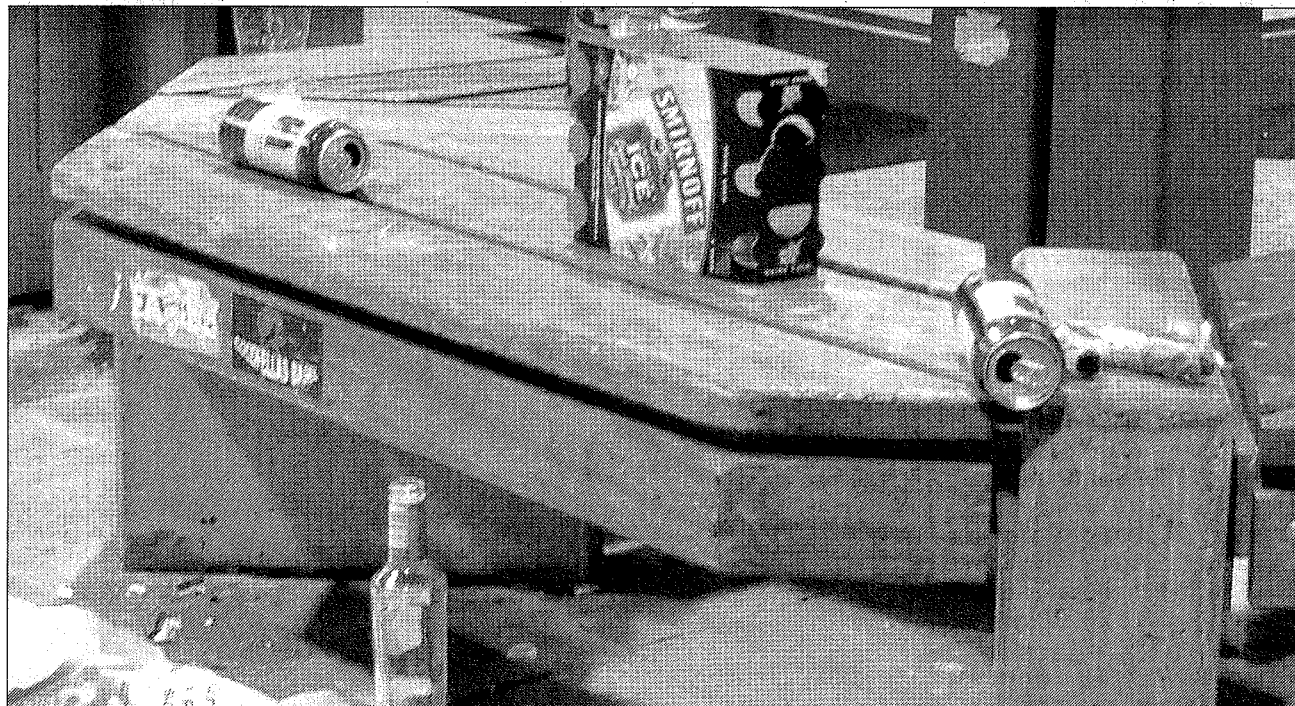
**Seit Reinach restriktiv gegen störende Jugendliche vorgeht, hat sich das Problem teilweise auf Nachbargemeinden verlagert. Nun wird der Ruf nach einer gemeinsamen Lösung lauter.**

ANDREAS MAURER

«Wir kämpften im Jahr 2006 mit grossen Problemen», erinnert sich der Reinacher Gemeindepräsident Urs Hintermann. Er spricht von «riesigen Ansammlungen»: Teilweise hielten sich auf dem Platz beim Gemeindezentrum über hundert junge Leute auf. Alkohol trinkend beschädigten sie Sachen, machten Lärm und pöbelten Leute an, berichtet er. «Wir waren gezwungen, radikal und konsequent durchzugreifen», betont der SP-Politiker. Gemeindepolizisten, Jugendarbeiter sowie er persönlich hätten ständig das Gespräch mit den Jungen gesucht – oft auch mit Erfolg. Trotzdem seien repressive Massnahmen nötig gewesen.

## «Absolutes Verweilverbot»

Vor zwei Jahren verschärfte der Gemeinderat die Platzordnung beim Gemeindezentrum. Seither ist auf diesem Dorfplatz ab 20 Uhr der Konsum von Alkohol verboten und ab 22 Uhr gilt neben «absoluter Nachtruhe» auch ein «absolutes Verweilverbot beim Brunnen, im



**HINTERLASSENSCHAFT** Sich zu treffen ist das eine, den Müll dann einfach liegen zu lassen das andere... ANDREAS MAURER

Bieglinweg sowie auf dem Parkplatz an der Wielandstrasse). Um solche Verweilverbote bei Bedarf auch über andere Plätze zu verhängen, wurde das Polizeireglement ergänzt: Der Gemeinderat erhält damit die Kompetenz, «Verhaltensregeln und Verbote für genau definierte öffentliche Zonen auszusprechen». Als Beispiele werden im Règlement Konsumationsverbote von

Alkohol oder Tabak und Betret- oder Verweilverbote genannt.

Seither seien die Probleme gelöst, berichtet Hintermann. Die Szene habe sich grösstenteils nach Basel und teilweise auch nach Therwil und Münchenstein verschoben. Dies hänge nur teilweise mit der verschärften Platzordnung zusammen: Die Treffpunkte Jugendlicher würden sich sowieso ständig verschieben, meint er. «Wir waren auch nicht mehr so attraktiv», ergänzt er. Von der Möglichkeit, auch auf anderen Plätzen ähnliche Verbote zu verhängen, machte der Gemeinderat bisher nicht Gebrauch.

## Nachbargemeinden verschnupft

Über den Erfolg der Reinacher kommt in Münchenstein keine Freude auf. «Seit die Reinacher ihre Jungen mit scharfem Geschütz aus dem Dorfkern vertreiben, kommen sie zu uns in die Gartenstadt. Das Problem hat sich verlagert», ärgerte sich kürzlich der Münchener Gemeindepräsident Walter Banga (die bz berichtete). Sein Reinacher Kollege Urs Hintermann entgegnet: «Wieso habt ihr damals nicht zusammengearbeitet?» Vor zwei Jah-

ren schlug Reinach nämlich den Birstaler Gemeinden vor, gemeinsame nächtliche Patrouillen der Gemeindepolizisten zu organisieren. Damals war niemand interessiert. In der Zwischenzeit patrouillieren die Reinacher jedoch gemeinsam mit Therwilern und Ettingern.

«Wir werden das Thema sicher diskutieren», sagt die Aescher Gemeindepräsidentin Marianne Hollinger. Heute Abend treffen sich die Gemeindevertreter der «Birsstadt», die sie präsidiert. Bisher wurde das Problem nicht als dringend eingestuft, da es eigentlich eine Kantonsaufgabe sei. «Es kann aber sicher nicht sein, dass eine Gemeinde bei sich für Ruhe sorgt und die benachbarten Gemeinden dann die Randlierer übernehmen müssen», hält sie grundsätzlich fest. Die Massnahmen in der Nachbargemeinde Reinach hält sie jedoch nicht für übertrieben: «Die Situation in Reinach war wirklich unerträglich.» An erster Stelle müsse jedoch immer die Prävention stehen. «Durch die Handy-Kommunikation sind die Jungen so gut vernetzt, dass die Polizei meistens sowieso zu spät kommt», bedenkt sie.

## Eine kantonale Regelung?

«Wir hätten es besser gefunden, der Kanton hätte einheitliche Bestimmungen herausgegeben, die wir ins Gemeindegesetz übernehmen könnten», erklärt der Reinacher Gemeindepräsident Urs Hintermann. Als SP-Landrat ist er aber nicht aktiv geworden: «Es ist jetzt nicht an mir, ein Problem zu lösen, das ich gar nicht mehr habe.» Auch die Aescher FDP-Landrätin Marianne Hollinger ist zurückhaltend: «Ein Muster-Wegweisungsartikel könnte sinnvoll sein, wenn man ei-

nen gescheitern Weg findet.» Sie bevorzugt jedoch sanftere präventive Massnahmen. Dies betont auch der Münchener Gemeindepräsident und Jugendarzt Arnold Amacher: «Wegweisen heisst immer wegschieben», kritisiert er. Je mehr Regeln, desto grösser werde die Lust, dagegen zu verstossen. Die bestehenden Regelungen würden ausreichen. Eine stärkere Zusammenarbeit der Gemeindepolizisten, um sie durchzusetzen, könne allenfalls sinnvoll sein, meint er. (ÖPF)